

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und reich-ungarn 3.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Expeditionszeitung mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 25.

Dresden, Montag den 1. Februar 1915.

26. Jahrg.

Der kühne Vorstoß des U 21.

Der Monatsfrist kündigte der Leiter der deutschen Marineverwaltung an, die Zeit werde kommen, deutsche Unterseeboote gegen den englischen Seehandel vorzudringen und schließlich die Blockade ganz Englands zu durchbrechen. Die Ankündigung konnte fast allzu vielversprechend klingen. Und doch wußte v. Tirpitz, was er sagte. Und nun beginnt sein Bericht zu erfüllen.

Englische Meldungen berichten von dem überraschenden Erscheinen eines deutschen Unterseebootes in der Irischen See und von seinen Taten. In der Irischen See In den Gewässern zwischen England und Irland, im Innersten des englischen Westküsten, nahe Liverpool!

Nach der Neutermelung aus London hat das deutsche Unterseeboot U 21 am 30. Januar früh den Küstenbatterien von North Shields durch Torpedoschuß verfeuert. Der Kommandant ließ der 21 Mann starken Besatzung zehn Minuten Zeit, um in die Boote zu gehen. Die Boote wurden aber von einem Fischerboot aufgenommen und in Fleetwood an der Irischen See gelandet. Das selbe Leuchboot gegen Mittag den Dampfer Linda Blanche, der sich auf Fahrt von Manchester nach Belfast befand, durch westlich von Liverpool ab. Die aus zehn Mann bestehende Besatzung erfuhr die gleiche Behandlung wie die des Kreuzers. Ferner berichtet ein in Liverpool eingelaufener Dampfer, er habe beobachtet, wie das Unterseeboot in einem dritten Dampfer vernichtete.

Fleetwood, wo die Mannschaft des Ben Cruachan landet, liegt in der Grafschaft Lancashire an der Lancaster-Bay. Der Vorfall hat sich also südlich bis südöstlich von der dortigen Küste ereignet, die in der letzten Zeit wegen des deutschen U-Bootkrieges viel genannt wurde. Der Schauplatz für den Übergang des zweiten Dampfers ist weiter südlich, vor dem bedeutendsten Handelshafen Englands, vor Liverpool, zu suchen.

Das Unterseeboot U 21, dessen Kommandant Oberleutnant Gerling ist, hat sich bereits wiederholt hervorgetan. Am 5. September hat es den englischen Kreuzer Malachite vernichtet und am 25. November die englischen Handelsdampfer Malachite und Primo in der Nähe von Havre vernichtet.

Die englische Presse, so bemerkt Kapitän Verrius im „Times“, meinte in den letzten Wochen verschiedentlich, der angekündigte Handelskrieg wäre nicht erst zu erwarten. Man glaube nicht an den großen Aktionsradius der Unterseeboote. In der Nähe der holländischen Küste wäre eine Handelsstörung vielleicht möglich, aber man dürfe sich nicht darüber freuen, daß Torpedoboote zur Verhinderung der Handelsfahrten mitgelandeten würden. Die Taten unserer Unterseeboote wird die Engländer zu Überzeugung bringen, daß ihre Handelsfahrten nun auch in der Nähe ihrer Insel nicht vor den Angriffen deutscher Unterseeboote sicher sind.

England scheint auf den Ausbungerungen gegen Deutschland seine Haupt Hoffnung zu setzen. Nun aber muß die englische Kaufmannschaft selbst die deutschen Unterseebootgefahr rechnen. Sie kann sie vermeiden, wenn sie ihren Betrieb einstellt. Sie hat das, so ist unser Zweck erreicht. Die neueste Unterseebootstation bringt uns diesem Ziel etwas näher. Das, was von einem Unterseeboot für möglich gehalten, sich 1000 Meilen weit von der Basis entfernt längere Zeit zu betätigen, bringen unsere Unterseeboote fertig. Sie leisten in der Tat Uebermenschliches. Wünschen den braven Besatzungen noch viele weitere Erfolge und hoffen, daß sie stets wohlbehalten wieder in die Häfen zurückkehren möchten.

Unterseebootstation bei La Havre.

Paris, 31. Januar. Amtlich wird gemeldet: Ein deutsches Unterseeboot (U 21) am Sonntag vormittag auf Höhe Cap d'Antifer den englischen Dampfer Tatomaru an und versenkte ihn. Französische Torpedoboote retteten die Besatzung. Ein deutsches Unterseeboot beschloß am Sonntag nachmittag in denselben Gewässern den Dampfer Maria. Dieser versank jedoch nicht. Er konnte dem Schiffe französischer Torpedoboote nach Havre geschleppt werden.

Französisches Torpedoboot vernichtet.

In einer Unterredung des Pariser Times-Korrespondenten am 21. Januar in der Zeitung wurde erklärt, daß vor einigen Wochen an der belgischen Küste gegenüber Ricourt ein weiteres französisches Torpedoboot in den Grund gesunken sei. Hört man von den vierzig der Besatzung ertranken. Weiteren Berichten handelt es sich um das Torpedoboot 219 der Division Dunkirk.

(W. I. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. Februar. (Eingegangen 2,10 Uhr.)

Westlicher Kriegsschauplatz:
Vom westlichen Kriegsschauplatz ist nichts Wesentliches zu melden.

Ostlicher Kriegsschauplatz:
Von der ostpreussischen Grenze nichts Neues. Nördlich der Weichsel in der Gegend südwestlich Mlawas haben wir die Russen aus einigen Ortschaften, die sie tags zuvor vor unserer Front besetzt hatten, verdrängt.

In Polen südlich der Weichsel gewonnen wir weiter an Boden. Südlich der Pilica haben wir unsere Angriffe erneuert.

Oberste Seeresleitung.

Rückkehr zur Einsicht.

In einem Artikel des Tages gibt sich der freikonservative Führer Herr v. Jellity zwar als grundsätzlicher Anhänger der Annexionspolitik zu erkennen, er gesteht zugleich aber doch zu, daß unter Umständen sehr wichtige Gründe gegen jede Annexion sprechen könnten. Darüber schreibt er:

Es ist sehr wohl denkbar, daß unser eigenes Interesse und darauf hinweist, selbst auf militärisch wünschenswerten Landwerb zu verzichten. Eine Verödung von lebensfähigem Land kann sehr wohl einen Landzuwachs statt zu einem Element der Stärkung zu einem solchen der Schwächung machen. . . . Mit vollem deutschen Bürgerrecht ausgestattete Fremdkörper könnten nur zu leicht zum Vahl in unserem Fleische werden. Selbst es nicht, wie bis 1867 bei Luxemburg oder nach dem Rezept von Professor Anshitz, durch Protektorat einen Weg zu finden, bei dem die Forderungen innerer Gesundheit sich mit denen militärischer oder wirtschaftlicher Art vereinigen lassen, so wird unter Umständen auch hier der Verzicht auf Landwerb in unserem wohlverstandenen Interesse liegen.

Herr v. Jellity führt dann weiter aus, daß auch Rücksichten wirtschaftlicher Natur im eigenen deutschen Interesse eine Einschränkung der Friedensbedingungen empfehlen könnten. Ebenso gelten politische Gründe wie jene, die im Jahre 1866 für Bismarck in Nikolsburg maßgebend waren, eine Annexion österreichischer Gebiete durch Preußen zu vermeiden. Neuerungen wie die des Freiherrn v. Jellity verdienen als Zeichen der Rückkehr zur Einsicht besondere Beachtung. In weiten Kreisen, die sich mit Politik bisher wenig beschäftigt haben, besteht noch immer die kindliche Vorstellung, daß sich die Größe des errungenen Sieges in der Quadratmeterzahl ausdrücken müsse, um die das Gebiet des Deutschen Reiches erweitert wird. Welche Folgen diese Vergrößerung für die innere wie für die äußere Politik des Reiches haben würde, bleibt dabei völlig außer Betracht! Es ist die Pflicht aller politisch Unterrichteten, einem solchen Uberglauben energig entgegenzutreten.

Zur bevorstehenden Landtagstagung in Preußen

macht unser Parteigenosse Landtagsabgeordneter Paul Firich folgende Ausführungen:

„Selbst wenn man sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt und darauf verzichtet will, während des Kriegszustandes die Frage der Reform des Landtagswahlrechts, der Reform der Städteordnungen, der Verwaltungsreform und anderer notwendiger Reformen zu erörtern, so bleiben doch noch genug Einzelheiten übrig, zu denen die Sozialdemokraten unmöglich stillschweigen können. Es sei nur erinnert an die geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei, einen Titel, der Millionen für die Jugendberziehung, an die verschiedenen Dispositionsfonds, die von unserer Seite regelmäßig schon deswegen abgelehnt sind, weil dem Parlament über ihre Verwendung keine Rechenschaft gegeben wird. In ähnlicher Lage befinden sich die Polen, deren Vertreter bei der Vorbesprechung im Ministerium nur seine Pflicht erfüllt hat, als er erklärte, seine Freunde könnten auf eine Erörterung der Polenpolitik nicht verzichten. Glaubt die Regierung wirklich, daß solche Debatten zurzeit schädlich sein könnten, so ist es an ihr, ein

kleines Opfer zu bringen und von der Einstellung der genannten Positionen in den Etat abzuleben. Auch zu den vielen wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die der Krieg heraufbeschworen hat, kann das Parlament unmöglich stillschweigen. Sollen etwa die sozialdemokratischen Abgeordneten ruhig sein, wenn die Haus- und Grundbesitzer mit ihren, die Steuerzahler und Gemeinden in gleicher Weise schädigenden Ansprüchen hervortreten, sollen sie auf jede Kritik der Zensur, soweit es sich nicht um militärische und militärpolitische Angelegenheiten handelt, verzichten, sollen sie kein Wort verlieren über das mehr als eigenartige Vorgehen gegen die unsere Schulen besuchenden Kinder von Ausländern?

Man wendet ein, daß alle diese Fragen ausgiebig in der Budgetkommission erörtert werden können, nur im Plenum soll eine Debatte vermieden werden, und man ist sogar bereit, der sozialdemokratischen Fraktion Zuliebe, die Budgetkommission zu verstärken, damit auch ihr ein Sitz zufällt. In sich wäre nichts dagegen einzuwenden, es fragt sich aber doch, ob dieser Sitz nicht zu teuer erkauft wird, denn nur dann sollen die Sozialdemokraten ihn ja erhalten, wenn sie jede Diskussion über parteipolitische Fragen im Plenum vermeiden. Was die Fraktion tun wird, wissen wir nicht, aber das eine ist sicher, daß sie sich das Mißfallen der Gegner zusieht, wenn sie das Anerbieten ablehnt. Einen Vorgriff darauf bietet die neulich von uns wiedergegebene Erklärung gegen den Führer der Polen wegen seiner Haltung bei den Vorbesprechungen im Ministerium. Das darf uns natürlich nicht kümmern, wir haben uns einzig und allein von unserem Gewissen, von unserem Verantwortlichkeitsgefühl und von der Rücksicht auf die Interessen des Volkes leiten zu lassen. Vor allem darf die Aussicht, daß wir, wenn unsere parlamentarischen Vertreter den Mund halten, eher auf politische Fortschritte rechnen können als im umgekehrten Fall, für einen Sozialdemokraten nicht ausschlaggebend sein. Wer könnte, wenn später die Verhandlungen sich nicht erfüllen, die Verantwortung für eine solche Taktik übernehmen?

Wir wollen der Entscheidung der Landtagsfraktion nicht vorgreifen, wir sind die letzten, die die schwierige Lage verstehen, in der sie sich befindet. Ein Moment aber, das vielleicht für ihre Entscheidungen sehr ins Gewicht fällt, dürfen wir nicht unerwähnt lassen. Uns ist die Mitteilung ausgegangen, daß an demselben Tage, an dem im Ministerium des Innern eine Besprechung von Vertretern aller Fraktionen stattgefunden hat, zwei Stunden vorher die bürgerlichen Parteien einschließlich der Polen zu einer Vorbesprechung zusammengekommen sind, von der man, ganz wie in den Zeiten vor dem Kriege, die Sozialdemokratie ausdrücklich und absichtlich ausgeschlossen hat. Sollte sich das bewahrheiten, so würde dadurch die Abtötung der bürgerlichen Parteien, den Burgfrieden zu wahren, in ein eigenartiges Licht gerückt sein. Die Regierung legt sich über die Parteientwürfe hinweg und zielt auch die Sozialdemokratie zu Vorbesprechungen hinzu, die bürgerlichen Parteien aber verhandelt zuerst unter sich, unter Umgehung der Sozialdemokratie.“

Mit den Mitteilungen Girschs über die Sonderkonferenz der bürgerlichen Parteien beschließen sich verschiedene Blätter. Die Deutsche Tageszeitung sucht ihre Leute herauszugeben, indem sie folgendes erklärt:

Ob eine derartige Vorbesprechung stattgefunden hat, wissen wir nicht, das würde aber unseres Erachtens nicht auffällig sein, da der Zweck dieser Besprechung jedenfalls gewesen sein würde, ein einheitliches Verhalten der bürgerlichen Parteien auch in den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie herbeizuführen. Wie die Dinge liegen, kann darin eine unbedeutende Zurücklegung der Sozialdemokratie nicht gesehen werden und wir würden es kaum verstehen, wenn die sozialdemokratische Fraktion von einer solchen Zurücklegung ihre Haltung abhängig machen wollte.

Ganz anderer Meinung ist die der Deutschen Tageszeitung, die sonst sehr nahestehende Tägliche Rundschau. Diese bemerkt zu der Mitteilung des Genossen Girsch folgendes:

In der Tat wäre das ein peinliches Verfahren der bürgerlichen Parteien, um so peinlicher, da jenseitig bei dem genau gleichartigen Verfahren der bürgerlichen Parteien des Reichstags die Regierung und die gesamte öffentliche Meinung der Nation aufs unabweisbarste dieses Verhalten verurteilt haben und davon so entsetzt abrückten, daß die Verantwortlichen jenes Kampfparlamentens alle Hände hatten, ihre Sache in ein möglichst unerfüllbares Licht zu rücken.

Die von der Deutschen Tageszeitung verteidigte Methode läuft doch im Grunde darauf hinaus, daß die bürgerlichen Parteien zunächst alles unter sich allein abmachen und dann als geschlossene Masse mit fertigen Beschlüssen in „Verhandlungen“ mit der Sozialdemokratie treten. Das bedeutet eine ganz offenkundige Ausnahmebehandlung der Sozialdemokratie.